



**Beschluss der 28.Landesmitgliederversammlung (LMV) in Würzburg  
vom 08. bis 10. April 2011**

## **Partizipation on- und offline**

|  |    |
|--|----|
| Präambel.....  | 2  |
| Wie wollen wir Partizipation ermöglichen, garantieren und fördern?.....      | 2  |
| Internet für alle!.....  | 2  |
| Freie Software.....  | 3  |
| Netzneutralität.....   | 3  |
| Surfen muss gelernt sein – Für mehr Netzkompetenz.....                       | 4  |
| UrheberInnenrecht.....   | 5  |
| Datenschutz.....   | 6  |
| Barrierefreiheit.....  | 6  |
| Was erschwert und verhindert die Partizipation im Netz?.....                 | 7  |
| Meine Daten gehören mir - gegen die Vorratsdatenspeicherung.....             | 7  |
| STOPP der Sperrinfrastruktur.....  | 7  |
| Zensur.....  | 7  |
| Eingriffe des Staates in die Privatsphäre im Namen der Terrorbekämpfung..... | 8  |
| Internet-Kontrollen international ächten.....                                | 8  |
| Jugendschutz.....  | 8  |
| Wie verändert sich Demokratie und Gesellschaft durch Netzpartizipation?..... | 9  |
| Transparenz.....   | 9  |
| Demokratische Entscheidungen im Netz.....                                    | 9  |
| Globale Vernetzung.....  | 10 |
| Meinungsfreiheit.....  | 10 |



## Präambel

Das Internet verändert die Gesellschaft. Es bietet neue Wege der Kommunikation und des Zugriffs auf Wissen und Kultur. Informationen können schnell und niederschwellig verbreitet und breit zugänglich gemacht werden. Daraus entstehen neue Möglichkeiten aber auch neue Probleme für Politik: Soll reguliert werden, was nicht regulierbar ist? Wie kann Politik das Netz nutzen, um allen Menschen größtmögliche Partizipation und Transparenz zu ermöglichen? Wie können die positiven Möglichkeiten des Internets verstärkt und allen zugänglich gemacht werden?

Auch Demokratie wird durch dieses neue Instrument beeinflusst und verändert: schnelle und einfache Kommunikation bedeutet eine neue Qualität hinsichtlich politischer Mobilisierung, der Transparenz von Staatlichkeit und dem Wirken von politischen Gruppierungen.

Mit diesem Beschluss setzt sich die GRÜNE JUGEND Bayern mit Partizipation und Netz auseinander. Die zentralen Fragen sind, wie Partizipation entsteht und möglich wird, was Partizipation im Netz behindert und in welcher Form das Internet unsere Demokratie verändert. Aus diesen Ergebnissen entstehen unsere Forderungen für junggrüne Netzpolitik, die den Weg ebnen sollen für eine demokratischere Gesellschaft, die BürgerInnen stärker einbindet.

## Wie wollen wir Partizipation ermöglichen, garantieren und fördern?

### Internet für alle!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen freien, kostenlosen, unzensurierten Internetzugang für jedeN, denn leicht beschaffbare Information ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Beteiligung! Konkret bedeutet das für Bayern, dass der Ausbau von schnellen Internetverbindungen gerade auch in ländlichen Gegenden absolute Priorität haben und kostenlose Hotspots im öffentlichen Raum ausgeweitet werden müssen. Ein schneller Zugang ist für uns ebenso Teil der Daseinsvorsorge, wie der Zugang zu Strom und Telekommunikation und damit kommunale Aufgabe. Gemeinden/Stadtteile müssen an öffentlich zugänglichen Stellen eine ausreichende Zahl an modernen Computern mit kostenlosem Internetzugang bereitstellen, um Chancengleichheit zu gewähren. Gemeinden sollten über eigene Investitionen in Netzinfrastrukturen nachdenken und im Zweifel lieber selbst in die Hand nehmen um Entscheidungen für die Menschen vor Ort zu treffen, denn noch immer stellt das Quasi-Monopol der Deutschen Telekom auf der „letzten Meile“ oder das von Kabelnetzbetreibern auf die TV-Infrastruktur vor Ort eine massive Hürde beim bedarfsgerechten Ausbau dar. Durch die Vermietung der Endkunden-Anschlussleitungen an die Internet-Zugangs-Provider können Gemeinden oder ihre Stadtwerke wiederum die Wertschöpfung der Infrastruktur vor Ort halten. Eine Möglichkeit zum privaten Internetzugang stellt in den Augen der GRÜNEN JUGEND Bayern für Menschen aller Altersstufen, Herkunft und sozialen Schichten eine Selbstverständlichkeit dar. Dies muss auch



kurzfristig in den Bedarfssätzen von Menschen, die staatliche Unterstützung erhalten, Berücksichtigung erfahren.

## Freie Software

Software sind Werkzeuge unserer Zeit. Vom Zugang zu hochwertiger Software werden wir zunehmend bei der Arbeit in unserer Informationsgesellschaft abhängig. Hersteller von Software haben ein natürliches Monopol auf die Ausgestaltung, Funktionalität und Fehlerbehebung ihrer Produkte. Um dieser persönlichen und gesellschaftlichen Abhängigkeit zu entfliehen fordern wir einen Paradigmenwechsel hin zum Einsatz „freier Software“. „Freie Software“ basiert auf der Veröffentlichung ihres Quellcodes, was jedeM die Möglichkeit gibt, die Software zu verändern, Fehler selbst zu beheben oder jemanden mit der Anpassung an die eigenen Bedürfnisse zu beauftragen. So entstehen neuartige kollaborative Arbeitsmodelle, an denen sich viele Unternehmen und Individuen bei der Entwicklung von Software zur Lösung bestimmter Probleme beteiligen und Synergieeffekte nutzen können. Durch die daraus resultierende Transparenz können Sicherheitslücken besser nachvollzogen und behoben werden. Aufgrund der wegfallenden Lizenzgebühren wird die Vervielfältigung und Weitergabe der Software legalisiert, was gerade bei PrivatanwenderInnen eine wesentliche Chance zur Partizipation mit sich bringt. Freie Software ist die Möglichkeit, der von den Konzernen aufgezwungenen Entmündigung bei der Nutzung des eigenen Computers entgegen zu können. Sie adressiert die Bedürfnisse ihrer Nutzer und nicht die finanziellen Interessen ihrer Hersteller.

Eine Monopolisierung im Softwaremarkt ist grundsätzlich abzulehnen, da sie diverse Gefahren birgt. Zu diesen Gefahren gehört vor allem auch der Einsatz von Dateiformaten und anderen technischen Standards, deren Spezifikation nicht frei verfügbar und daher nicht durch freie Software implementiert werden kann, was diese in der Konkurrenz mit proprietärer (herstellergebundener) Software benachteiligt.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass in der öffentlichen Verwaltung freie Software und freie Formate eingesetzt und den Angestellten durch Schulungen vermittelt werden. In Schulen darf nicht nur der Umgang mit proprietärer Software gelehrt und geübt werden, sondern vorrangig derjenige mit den freien Produkten. Der Einsatz von freier Software und freien Formaten darf nicht durch die Forderung nach patentierten Technologien oder ähnlichen Vorgaben in Ausschreibungen sabotiert werden dürfen. Sofern Unternehmen Interesse an der Einführung freier Software in ihrem Betrieb bekunden, muss eine staatliche Unterstützung – vor allem in Form von Fortbildungen und Beratung – gewährleistet sein.

## Netzneutralität

In den Anfangszeiten des Internets spielte der Einfluss wissenschaftlicher Communitys und dadurch auch das Einhalten ungeschriebener Regeln eine wichtige Rolle. Ein maßgebliches Grundprinzip war der Grundsatz „nutze ich dein Netz, darfst du mein Netz nutzen“. Der „freie Fluss von Informationen“ galt als Ideal während alle um die Schonung der knappen Ressourcen bemüht



waren. Dieser Zustand war aber auch durch die noch primitiven Technologien erzwungen. Aus Profitinteressen gibt es bei Providern derzeit den Trend, gewisse Daten in ihren Netzen bevorzugt zu übermitteln. D.h. die Geschwindigkeit, der Datenübermittlung bestimmter Inhalte von bestimmten Nutzern können auf Kosten anderer erhöht, oder zu Gunsten anderer ausgebremst oder manche Dienste ganz blockiert werden. Gerade beim Internetzugang über Mobilfunk ist dies bereits massive Realität.

Hierdurch entsteht ein „2-Klassen-Netz“, in dem die Inhalte mancher AnbieterInnen oder NutzerInnen oder die Dienste, die von manchen NutzerInnen bevorzugt werden, diskriminiert werden. Konzepte oder Angebote hinter denen hohe finanzielle Mittel und Macht stehen, dürfen gerade im Internet nicht bevorzugt behandelt werden vor weniger einflussreichen Ideen. Es ist nämlich gerade die Vielzahl an KleinstanbieterInnen, die die charakteristische Vielfalt des Netzes ausmachen und einen Ort völlig neuer Möglichkeiten für Partizipation schaffen.

Für dieses Netzwerkmanagement führen Anbieter vor allem technische und auch legitime Gründe an: Ein Internettelefonat soll beim Download großer Datenmengen wie niederrangigere Softwareupdates nicht ausgebremst werden. Jedoch findet beispielsweise mit der Blockierung von Skype in den Netzen mancher Mobilfunkanbieter ein ganz klarer Missbrauch, motiviert durch Geschäftsinteressen statt. Ähnliches ist grundsätzlich dort zu erwarten, wo Netzbetreiber gleichzeitig auch Inhalteanbieter sind.

Um für jedeN die niederschwellige Möglichkeit zu erhalten, Daten über das Internet zu verbreiten und damit die derzeitigen Qualitäten des Internets zu schützen, ist es nötig, diesem Trend etwas entgegenzusetzen. Netzwerkmanagement darf nur mit engster Regulierung stattfinden. Wichtig dabei ist völlige Transparenz sämtlicher Maßnahmen, eine Genehmigung jeder einzelnen Maßnahme durch die Aufsichtsbehörde Bundesnetzagentur, ein Verbot, dass Inhalte bestimmter Anbieter vor gleichartigen Inhalten anderer Anbieter bevorzugt behandelt werden (Premium-Dienstleistung) und die weitgehende Kontrolle dieser Regelmaßnahmen durch die NutzerInnen „Internetzugänge“, die, wie derzeit im Mobilfunk, keineswegs die Nutzung aller Dienste des Internets zulassen, dürfen nicht mehr als solche bezeichnet werden.

Außerdem dürfen große Netzbetreiber kleinere nicht bei dem Zugang zu ihren Netzen erpressen. Unternehmen wie die Deutsche Telekom müssen zum kostenneutralen Datenaustausch mit anderen Netzbetreibern an bestimmten Übergabepunkten gezwungen werden („Peering“). Wir halten an den Grundideen der Anfangszeit des vernetzten Zeitalters fest und bevorzugen die Vorstellung, dass das Netz seinen NutzerInnen nützen muss.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, Provider zu verpflichten, Datenpakete unabhängig ihres Inhalts gleich zu behandeln und zuzustellen und damit die Netzneutralität zu wahren.

## **Surfen muss gelernt sein – Für mehr Netzkompetenz**

Der internationale Charakter des Internets, ein Raum ohne nationale Grenzen, stellt Gesellschaften auf der ganzen Welt immer wieder noch vor Probleme. Nationale Ansätze sind oftmals unpraktikabel und sinnlos. Immer dann, wenn Rechtsetzung keine hinreichende Problemlösung bieten kann, taucht der Begriff „Medienkompetenz“ auf. Medienkompetenz und insbesondere



Netzkompetenz darf aber nicht nur als letzter Ausweg nach dem Versagen restriktiver oder einschränkender Gesetze gesehen werden, sondern muss im Fokus von Netzpolitik stehen. Denn wir möchten und brauchen mündige NutzerInnen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, Medienkompetenz als überdisziplinären Teil schulischer und akademischer Ausbildung und sonstiger (Weiter-)Bildung in das Angebot bayerischer Bildungsstätten zu implementieren. Um dies zu ermöglichen, soll in der LehrerInnenausbildung und der Ausbildung von Schulungspersonal Netzkompetenz der entsprechende Raum eingeräumt werden. Hierbei soll auch auf die unterschiedlichen genderwirksamen Rollenbilder eingegangen werden, die immer noch nur Männern Technikaffinität zuschreibt während dem weiblichen Rollenbild Technikzugewandtheit abgesprochen wird. Grundsätzlich gilt es, lebenslanges Lernen zu fördern, denn wie das Netz selbst ist auch die Netzkompetenz in stetigem Wandel, muss ständig geschult werden und ist daher für jede Altersgruppe von enormer Bedeutung. Weiterbildungsangebote sollen staatlich gefördert werden.

## UrheberInnenrecht

Im vordigitalen Zeitalter betrafen Fragen des Urheberrechts überwiegend Spezialisten wie Verlage oder Medienschaffende. Der Ignoranz des Urheberrechts durch Privatleute wurden Abgaben auf Leermedien und Pauschalen entgegengesetzt. Heutzutage ist einE JedeR betroffen. Jetzt zeigt sich, wie stark doch die von nur einer Interessensgruppe forcierten Regelungen am Gerechtigkeitsempfinden der Menschen vorbei geht. Um legalen Zugang zu Kultur und Wissen im Netz zu ermöglichen, benötigen wir eine Reform des UrheberInnenrechts: Das Kopieren von Werken zu kriminalisieren und als „Diebstahl“ darzustellen, wird der Realität nicht mehr gerecht. UrheberInnenrechte sind ein natürliches Monopol und entsprechend vorsichtig muss mit ihrer Einräumung umgegangen werden.

Stattdessen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern einen rechtlichen Rahmen, der es auf der einen Seite KünstlerInnen ermöglicht, von ihrer Arbeit zu leben und auf der anderen Seite jeder/m fairen Zugang zu einer möglichst breiten Palette an Werken verschafft. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Entkriminalisierung von Filesharing und eine alternative Form der Vergütung. Dies kann zum Beispiel über das Konzept der Kulturflatrate geschehen, bei dem jedeR einen gewissen monatlichen Betrag zahlt im Gegenzug zu unbegrenztem Zugriff auf verschiedene kulturelle Angebote sowie alle im Internet verfügbaren Daten.

Dieses Konzept weist durchaus noch einige konzeptionelle Mängel auf – fraglich ist beispielsweise die Verteilung des Geldes, da Daten zwar dezentral verbreitet, die Kulturflatrate aber zentral erhoben werden müsste. Auch viele andere Konzepte sind denkbar.

Maßgeblich muss sein, dass bei der Nutzung von Inhalten und Kulturgütern ein fairer Ausgleich der Interessen von NutzerInnen und Kulturschaffenden im Vordergrund steht. Aber auch wenn diese Möglichkeiten zum Teil schwierige Seiten aufweisen, sind sie dem Status quo eindeutig zu bevorzugen.



## Datenschutz

Wer im Internet surft, gibt persönliche Daten preis und hinterlässt Spuren. Profile werden erstellt, Kaufgewohnheiten festgehalten, die Art der besuchten Websites gespeichert. Nicht nachzuvollziehen ist dabei meistens, wer nun über diese Daten verfügt, vor allem weil Daten im Regelfall nicht beim Betreiber der Seite bleiben, auf dem sie angegeben wurden. Dass die Daten von erheblicher Bedeutung sind, ist unstrittig und zeigt sich schon daran, wie begehrt diese Informationen sind und welche Ausmaße der Handel mit ihnen mittlerweile angenommen hat. Seien es die Fotos aus sozialen Netzwerken, E-Mail-Adressen auf Newslettern, Kontoverbindungen bei Bestellungen -- im Internet häufen sich persönliche Daten an, die für verschiedenste Gruppen von großem Interesse sind. Deshalb ist ein sensibler und sinnvoller Umgang mit persönlichen Daten erforderlich.

Die GRÜNE JUGEND Bayern tritt daher für eine europaweite, für alle Anbieter verpflichtende Verordnung ein, welche regelt, welche Daten wie lange gespeichert werden dürfen und festlegt, dass eine Speicherung von persönlichen Daten nur dann erlaubt ist, wenn sich die/der NutzerIn ausdrücklich einverstanden erklärt (opt-in). Trotz Einverständnis muss der/die AnbieterIn die BürgerInnen regelmäßig über ihre gespeicherten Daten informieren und automatisch löschen, falls keine ausdrückliche nochmalige Speichererlaubnis erfolgt. Außerdem muss darin ein Verbot des kommerziellen Datenhandels festgeschrieben sein.

## Barrierefreiheit

Das Internet ist ein derart wichtiges Kommunikations- und Informationsmedium, dass kein Mensch davon ausgeschlossen werden darf. Die Teilhabe am Internet von Menschen, die aufgrund von Alter, Unfall oder angeboren mit geistigen und/oder körperlichen Einschränkungen leben, muss aktiv gefördert werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher auf allen Webseiten eine strikte Trennung von Inhalt und Design; d.h., dass deren Inhalt immer auch über ein alternatives Ausgabegerät abrufbar sein muss. Außerdem soll auf staatlichen Seiten stets eine leicht verständliche Version komplizierter Texte verfügbar sein. Falls trotz dieser Maßnahme kein unbeschränkter Zugang besteht, muss auf persönliche AssistentInnen zurückgegriffen werden können.



## Was erschwert und verhindert die Partizipation im Netz?

### Meine Daten gehören mir - gegen die Vorratsdatenspeicherung

Die Vorratsdatenspeicherung beschreibt die anlasslose Speicherung von Verbindungsdaten im Internet und Telefonie für einen bestimmten Zeitraum. Das Bundesverfassungsgericht hat ein zuvor ein auf EU-Intervention hin beschlossenes Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für nichtig erklärt. Die GRÜNE JUGEND Bayern schließt sich in der Frage der Vorratsdatenspeicherung der Kritik vom AK Vorratsdatenspeicherung an: Die Vorratsdatenspeicherung greift unverhältnismäßig in die persönliche Privatsphäre ein, beeinträchtigt berufliche, politische und unternehmerische Aktivitäten, die Vertraulichkeit voraussetzen. Dadurch schadet sie letztlich unserer freiheitlichen Gesellschaft insgesamt, verhindert Terrorismus oder Kriminalität aber nicht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb auf EU-Ebene die Richtlinie abzuschaffen und auf Bundesebene keine Vorratsdatenspeicherung zuzulassen.

### STOPP der Sperrinfrastruktur

Das Gesetz um die Einführung von Internetsperren (Zugangsschwerungsgesetz) durch die Große Koalition hatte bundesweit vor allem in der Netzgemeinde für Schlagzeilen gesorgt. Für uns ist eine solche Sperrinfrastruktur nichts anderes, als ein Zensurwerkzeug, das wir strikt ablehnen. Auch wenn eine rechtstaatlich korrekter Umgang mit ihnen sichergestellt wäre, woran angesichts der bekannten Missbrauchsfälle in anderen Ländern erhebliche Zweifel besteht, so halten wir ihren Einsatz und die Schaffung dieses Werkzeugs für den Staat für unverhältnismäßig. Solche Internetsperren sind ein rein populistisches, da unwirksames Mittel, gegen verbotene Inhalte wie Kinderpornographie, da sie äußerst leicht zu umgehen sind. Im Gegenteil, ist schließlich zu erwarten, dass durch eine Sperrung illegaler Inhalte eine wirksame Strafverfolgung der Straftäter ausgebremst wird.

Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich gegen die Forderung und Einführung von einer Sperrinfrastruktur im Internet und steht beim Kampf gegen Kinderpornographie für den Grundsatz „löschen statt sperren“. Auch wenn die Regierungskoalition kürzlich die Abschaffung des Sperrgesetzes beschlossen hat, wenden wir uns weiterhin gegen alle Versuche, eine solche Sperrinfrastruktur, beispielsweise durch eine europäische Richtlinie zu verankern.

### Zensur

Artikel 5 Abs. 1 S.3 unseres Grundgesetzes besagt: „Zensur findet nicht statt“. Im Rahmen des gar nicht hoch genug schätzbaren Guts der Meinungsfreiheit muss dies ohne wenn und aber auch für das Internet gelten. Neue Lebensräume entbinden den Staat nicht von der Allgültigkeit seiner Grundrechte! Auch im virtuellen Raum darf nicht gegen grundlegende Prinzipien unserer Verfassung verstoßen werden. Das heißt nicht, dass das Internet ein rechtsfreies Medium sein soll; natürlich müssen Verstöße gegen geltendes Recht geahndet werden – Kinderpornographie oder



Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts, welches gegen Verfassungsprinzipien verstößt, müssen folglich nicht geduldet werden. Im Gegenteil kann das Netz sogar als Plattform für eine kritische Auseinandersetzung mit solchen Phänomenen dienen. Im Rahmen dessen ist vor allem auf besonders schutzbedürftige Teile unserer Gesellschaft zu achten, seien es nun Kinder, Menschen mit Behinderung oder Minderheiten.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher mit allem Nachdruck, eine strikte Anwendung der geltenden Grundrechte und stellt sich gegen jeden Versuch der Aufweichung dieser essentiellen Rechte im Zuge von z.B. Terrorismus- und/oder Kriminalitätsbekämpfung.

### **Eingriffe des Staates in die Privatsphäre im Namen der Terrorbekämpfung**

Der Kriminalität im Internet beizukommen, ist aufgrund ständig sich erneuernder Technologien mit Sicherheit nicht einfach. Verbrechen und Terrorismus dürfen aber kein Freibrief für staatliche Sicherheitsbehörden sein, die Privatsphäre der BürgerInnen zunehmend zu beschneiden, wie dies momentan der Fall ist. Mit Einführung des neuen BKA-Gesetzes zum Januar 2009 wurden dem Sicherheitsapparat unter anderem enorme präventive Befugnisse eingeräumt, die es den Behörden erlauben, rein auf Verdacht hin Menschen virtuell auf verschiedenste Weise zu überwachen. Ist diese Gesetzeslage schon inakzeptabel, so ist es ein untragbarer Zustand, dass diese Maßnahmen in gewissen Fällen ohne vorherige richterliche Zustimmung legal durchgeführt werden können.

Die GRÜNE JUGEND Bayern zieht die Effektivität von derlei präventiven Überwachungsmaßnahmen stark in Zweifel – Kriminalität und Terrorismus kann so nicht nachhaltig begegnet werden.

Wir fordern eine massive Einschränkung der legalen virtuellen Überwachungsmöglichkeiten – der Nutzen im Kampf gegen das Verbrechen ist gering einzuschätzen im Vergleich mit den daraus resultierenden Grundrechtsverletzungen! Wir erachten einen Eingriff in Grundrechte nur durch einen Beschluss durch einE RichterIn als legitim an. Sollten staatliche Behörden zu Unrecht Personen kontrolliert haben, gilt es die Personen zu informieren und ggf. Schadensersatz zu leisten.

### **Internet-Kontrollen international ächten**

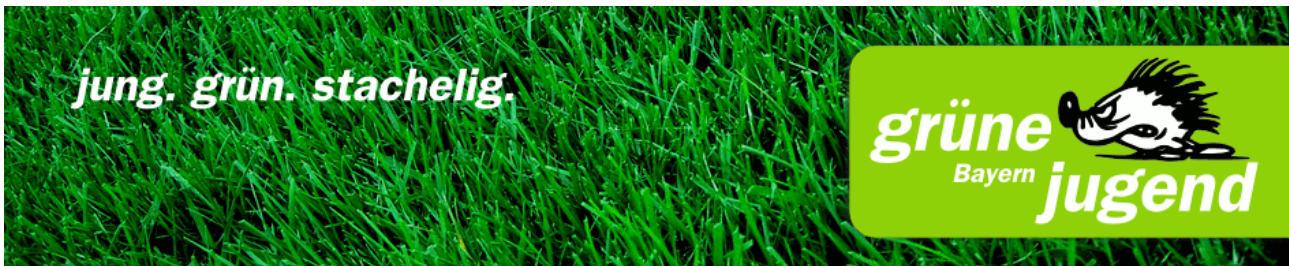
Die GRÜNE JUGEND Bayern tritt für ein Internet ein, das international frei von Zensur, Überwachung und Repression ist. Die Protestbewegungen im arabischen Raum seit Beginn dieses Jahres zeigen das demokratische Potential. Umso schlimmer ist, dass auch deutsche Unternehmen Technologien entwickeln und exportieren, die nicht nur zur Kontrolle und Blockade des Internets missbraucht werden kann, sondern explizit auch für diesen Einsatzzweck entwickelt wird.

Wir fordern ein Verbot des Verkaufs und des Exports solcher Produkte.

### **Jugendschutz**

Die Versuche geltende Jugendschutzrichtlinien für das Internet umzusetzen, waren bisher wenig erfolgreich. Das Konzept, das auf die „alten Medien“ anwendbar war, z.B. das Modell der





Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK), ist für das Internet unzulänglich, da solche Regeln international nicht kontrollierbar sind und viele Server außerhalb Deutschlands stehen. Zudem sind die meisten Regelungen mit etwas technischen Know-How oder falschen Altersangaben umgehbar. Außerdem sollen Kinder und Jugendliche als mündige BürgerInnen wahrgenommen werden. Durch Alterssperrern werden sie bevormundet und damit von gewissen Inhalten abgeschirmt, anstatt ihnen durch eine frühzeitige Kompetenzbildung im Medienbereich kritisches Hinterfragen zu vermitteln. Nicht nur die Problematik der Zensur wird am Jugenschutz klar, sondern auch, dass BürgerInnen als unmündig dargestellt werden und ihnen der Zugriff auf neue Medien verweigert wird. Menschen jeder Altersstufe müssen die Möglichkeit haben, in den neuen Medien mitzuwirken.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine im Netz sowieso nicht durchsetzbare Abschaffung der Jugenschutzrichtlinien.

## Wie verändert sich Demokratie und Gesellschaft durch Netzpartizipation?

### Transparenz

Demokratie lebt von Transparenz. Zur aktiven BürgerInnenbeteiligung ist es notwendig alle BürgerInnen in politische und gesellschaftliche Diskurse aufzunehmen, Informationen zugänglich und Entscheidungen sichtbar und verständlich zu machen. Es bedarf einer grundlegenden offenen Informationsweitergabe von Bund, Ländern und Kommunen an die BürgerInnen. Politische Konzepte sowie Verwaltungsmaßnahmen müssen frühzeitig für alle Beteiligten verfügbar und auffindbar sein, sowie in eine verständliche Sprache übersetzt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Informationsfreiheitsgesetz für Bayern, welches den Zugriff auf Daten, beispielsweise Studien, Sitzungsunterlagen und Verwaltungsakten ermöglicht und diese Informationen kostenlos bereitstellt. Datenmaterial, welches mit Hilfe von Steuergeldern erstellt wurde, muss frei zugänglich sein. Dadurch gewinnt die/der BürgerIn Einblick in staatliche Abläufe und Strukturen, wodurch Verstehen ermöglicht und Teilnahme gefördert wird.

### Demokratische Entscheidungen im Netz

Die Mitbestimmungsmöglichkeiten unserer BürgerInnen müssen vereinfacht und gestärkt werden. Schon jetzt ist es zwar möglich, via Internet beispielsweise Petitionen zu unterschreiben.

Doch die GRÜNE JUGEND Bayern möchte diese Elemente direkter Demokratie ausweiten. Das Internet bietet hierfür eine große Chance. Es reicht nicht aus, die BürgerInnen nur durch Wahlen am demokratischen Prozess teilhaben zu lassen; eine Gesellschaft lebt von Transparenz und permanenter aktiver Teilhabe.

So fordert die GRÜNE JUGEND Bayern den Freistaat auf, BürgerInnenbegehren in den Kommunen und auf Landesebene via Internetportal möglich zu machen. Politische Konzepte sollen hierbei



nicht nur eingesehen, sondern auch aktiv mitbestimmt werden. Anmerkungen, Einwände und Verbesserungen müssen direkt an die Verantwortlichen des Prozesses weitergegeben und transparent eingearbeitet werden, denn nur so kann ein Dialog zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen geschaffen werden. Die Einführung von Beteiligungssoftware wie z.B. Adhocracy ist aktive Förderung von Partizipation und somit eine Stärkung der Demokratie.

Zudem ist es notwendig, Partizipation nicht an Verständnisgrenzen scheitern zu lassen. Partizipative Elemente müssen für alle verständlich aufbereitet und somit nicht nur einer Gruppe von starken und ohnehin beteiligungsaffinen Menschen zugänglich sein. Außerdem fordern wir eine Ausweitung von Volksentscheiden auf deutscher und europäischer Ebene.

Die Durchführung von BürgerInnenbegehren sollte auch hierbei online möglich sein. Mit all der Euphorie mit der wir den demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten im Netz begegnen lehnen wir allerdings bei Wahlen den Einsatz elektronischer Stimmgeräte oder Wahlcomputer grundsätzlich ab. Grund dafür ist, dass es kein elektronisches Verfahren gibt oder derzeit denkbar ist, bei dem die Wahlgrundsätze „freie, gleiche und geheime Wahl“ miteinander vereinbar sind und die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisermittlung auch für Laien verständlich ist. Missbrauch hier wäre Tür und Tor geöffnet.

## **Globale Vernetzung**

Im Zuge der Freizügigkeit, die das Internet gewährt, können aber auch Probleme entstehen. Wo Freiheit positive Strömungen fördert, können sich auch weniger wünschenswerte Tendenzen zeigen. Wie in jedem Raum, in dem sich menschliche Wesen bewegen, bedarf es daher auch hier gewisser Regeln, um einen achtungsvollen Umgang miteinander garantieren zu können. Dabei muss im Netz als Grundregel wie im realen Leben auch gelten, dass die Freiheit des einzelnen nur so weit gehen darf, wie sie nicht die Freiheit eines anderen beschränkt.

Die GRÜNE JUGEND Bayern ist sich im Klaren, dass solche Lösungen langfristig auf globaler Ebene umgesetzt werden müssen. Politische Maßnahmen auf bayerischer, deutscher oder europäischer Ebene sind nahezu wirkungslos.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass für das globale Netz von den Grund- und Menschenrechten abgeleitete Regeln zu gelten haben – weltweit!

Internationale Gremien, die notwendigerweise zentrale Strukturen des Internets verwalten (wie die Adressraumverwaltungen) dürfen nicht unter der alleinigen Kontrolle einzelner Nationen stehen. Sie sollen unter dem Dach der UNO durch Vertreter von Politik, aber vor allem auch von Nichtregierungsorganisationen und technischen Experten besetzt werden.

## **Meinungsfreiheit**

Die GRÜNE JUGEND Bayern ist der Auffassung, dass das Internet die Meinungsfreiheit global aber auch regional stärkt. Die Medien haben in einer Demokratie als sogenannte „vierte Säule“ im Staat die Aufgabe, alle BürgerInnen über aktuelle Geschehnisse zu informieren. Das Internet eröffnet neue Räume und macht Information viel leichter zugänglich. Welche positiven Auswirkungen dies



haben kann, zeigen nicht zuletzt die in den letzten Jahren von Internetplattformen katalysierten Demokratie- und Freiheitsbewegungen in despotisch regierten Ländern (Moldawien, Iran, Tunesien, Ägypten...). Das WorldWideWeb ist meist nicht so leicht zu reglementieren und zensieren, wie dies bei „alten“ Medien der Fall ist. Wo Zeitung, Fernsehen und Radio konkret bedroht und eingeschüchtert werden, weil JournalistInnen und Verantwortliche bekannt sind, schützt im Internet zunächst eine gewisse Anonymität und auch die große Masse an SurferInnen vor Repressalien. Natürlich ist auch hier eine Zensur leider möglich und wird oft ausgeübt – trotzdem hat das Internet für die Meinungsfreiheit einen entscheidenden Vorteil: aktuelle Geschehnisse können zeitnah verbreitet werden und Inhalte kursieren auch dann weiter, wenn deren UrheberInnen bedroht werden. Das Internet lässt somit eine neue und demokratische Kontrollmacht entstehen. Die Aufgabe, die bisher die Medien in Gestalt von JournalistInnenen und ReporterInnen übernommen haben, nämlich öffentliche Prozesse kritisch zu hinterfragen, wird nun jeder/jedem BürgerIn eröffnet. Dadurch wird jeder Staat durchsichtiger; Vertuschungen, Korruption und Klüngelei wird durch Transparenz ein Riegel vorgeschoben. Das Internet eröffnet außerdem Bevölkerungsgruppen, die sich bisher eher wenig am politischen Geschehen beteiligt haben, den Zugang zur Politik, vor allem der Jugend.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen freien, kostenlosen, unzensierten Internetzugang für jedeN – leicht beschaffbare Information ist der Schlüssel für Beteiligung und beugt autokratischen und totalitären Staaten vor!